

Motion Fraktion SP/JUSO/GB/JA (Corinne Mathieu, SP, Christine Michel, GB) Die Strukturreform „Einheitsschulkommission“ ist umgehend zu beenden

Anlässlich der Beratungen zu der Teilrevision des Schulreglementes hat der Stadtrat den Gemeinderat beauftragt, eine neue Vorlage des Schulreglements zu erarbeiten, „die an Stelle der bisherigen Schulkommissionen der Schulkreise und der Volksschulkonferenz eine einzige Schulkommission und für die Sprachheilschule, die Heilpädagogische Schule und die Sonderklassen eine weitere Schulkommission vorsieht“ (Art. 72 des revidierten Schulreglementes).

Auf Grund dieses Stadtratsentscheides hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) dem Schulamt einen entsprechenden Projektauftrag erteilt. Als Vorbereitung für die Diskussion über das richtige Führungsmodell wurde eine Bestandesaufnahme der Ist-Situation in Form einer Online-Befragung beschlossen.

Die Ergebnisse dieser Online-Befragung liegen nun vor und lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. 70% der Antwortenden sind mit der bisherigen Struktur zufrieden. Eine Einheitsschulkommission, wie sie vom Stadtrat mit einem knappen Mehr gefordert wurde, wird durchwegs abgelehnt. Diesem Resultat muss Rechnung getragen werden. Die erst vor wenigen Jahren geschaffenen Schulstrukturen sind zweckmässig und sollten nicht schon wieder geändert werden. Nötig ist aus Sicht der SP/JUSO sowie der GB/JA, dass sich die Volksschulen nach zahlreichen Änderungsprozessen konsolidieren können. Schulen – und damit letztlich auch Kinder und Jugendliche – dürfen nicht zum Spielball politischer Interessen werden. Es wäre eine Zwängerei, den Schulen mit einer Einheitsschulkommission einen Strukturprozess aufzuzwingen den die direkt Betroffenen klar ablehnen. Eine allenfalls nötige Optimierung der Zusammenarbeit von Volksschulkonferenz, Schulleitungen und der Direktion für Bildung kann behördenintern geregelt werden.

Die Fraktionen der SP/JUSO und der GB/JA finden es angesichts der eindeutigen Ablehnung einer Einheitsschulkommission verfehlt, am eingeschlagenen Vorgehen festzuhalten und fordern den Gemeinderat auf,

dem Stadtrat eine Vorlage zum Schulreglement zu unterbreiten, in der Artikel 70a und Artikel 72 im teilrevidierten Schulreglement vom November 2010 ersatzlos gestrichen sind.

Bern, 17. März 2011

Corinne Mathieu, SP, Christine Michel, GB